

Auszug aus dem substanzielles Protokoll 70. Ratssitzung vom 22. Juni 2011

1454. 2011/95

Beschlussantrag der SVP-Fraktion vom 30.03.2011: Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Ergänzung Art. 13 Abs. 6

***Mauro Tuena (SVP)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 1192/2011): Seit einigen Jahren wird das Nachtessen im Anschluss an das beliebte Parlamentarier-Skirennen nicht mehr von den Teilnehmenden, sondern von der Stadt finanziert. Bei einem kürzlich durchgeführten Jassturnier wurde klar, dass eine private Finanzierung jedoch immer noch sehr gut funktioniert. Die Teilnehmenden von Skirennen und Jassturnieren könnten die für die Verpflegung entstehenden Kosten somit durchaus selbst übernehmen. Ich bitte Sie deshalb, den Beschlussantrag zu unterstützen.*

***Matthias Probst (Grüne)** stellt den Ablehnungsantrag: Wir erachten den Antrag als kleinlich, bedeutungslos und Mittel zum Wahlkampf der SVP und lehnen ihn daher ab.*

Weitere Wortmeldungen:

***Mark Richli (SP):** In seiner Formulierung schliesst der Antrag neben Skirennen und Jassturnieren auch weitere Anlässe mit ein, an denen nicht zuletzt auch Mauro Tuena (SVP) gerne auf Staatskosten teilnimmt. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.*

***Dr. Richard Wolff (AL):** Kommissionsreisen gelten nicht als Vergnügen, sondern als Weiterbildung. Ich würde jedoch nicht nur die Ausflüge, sondern auch manche Kommissionssitzungen oder Gemeinderatssitzungen als recht vergnüglich bezeichnen – die Frage, ob ein Anlass dem Vergnügen dient, lässt daher ausschliesslich neue Diskussionen entstehen.*

***Philipp Käser (GLP):** Die Grünliberale Partei glaubt an die Eigenverantwortung des Gemeinderates. Gelebte Eigeninitiative führt eher zu höheren Einsparungen als skurrile Vorschläge und Regelungen, die im Rahmen der Definition von Vergnügen nur weitere Probleme mit sich bringen. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.*

***Roger Tognella (FDP):** Auch die FDP lehnt den wenig zielführenden Vorstoss der SVP ab – einerseits aufgrund des zu hohen Aufwands für ein Inkassosystem bei 125 Mitglie-*



2 / 2

dern, andererseits wegen der von anderen Ratsmitgliedern bereits erwähnten rationellen Argumente.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 22 gegen 93 Stimmen ab.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat